

5.10.2026

PFAS-Thematik

Weiterentwicklung und Handlungsfelder in der Bauwirtschaft

Bauenschweiz publizierte im Frühling 2026 einen aktuellen [Stand der Ausgangslage](#) und hat sich bereits 2024 im Rahmen einer [gemeinsamen Haltung](#) zum Umgang und Einsatz von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) in der Schweizer Bauwirtschaft geäußert. Basierend auf einem Austausch mit Prof. Dr. [Michael Burkhardt](#) der Ostschweizer Fachhochschule vom August 2026 soll das vorliegende Dokument den Mitgliedern von Bauenschweiz eine Orientierung geben, wie sich das Thema in der Schweiz weiterentwickelt und welche Handlungsfelder aus diesem Grund zentral für die Schweizer Bauwirtschaft sind. Es geht nicht darum, Alarmismus zu erzeugen, sondern die Ausgangslage zu verstehen und alle Baumaterialien und Teilbranchen der Wertschöpfungskette für das Thema sowie die Erarbeitung von Grundlagen und Erkenntnissen zur Relevanz von PFAS in ihrem Bereich zu sensibilisieren.

Der Austausch mit Prof. Dr. Michael Burkhardt hat bestätigt, dass Bauenschweiz das Thema weiterhin proaktiv aber auch individuell in den Verbänden und Teilbranchen vorwärtstreiben sollte. Die Bauwirtschaft kann Verantwortung übernehmen, indem sie sich materiell und vorausschauend mit diesem Thema beschäftigt. Die Bauwirtschaft hat ihre Bereitschaft, aktiv mitzuarbeiten und Lösungsansätze zu suchen, sowohl intern unter den Verbänden und ihren Mitgliedern als auch nach aussen gegenüber der Öffentlichkeit sowie der Bauherren immer wieder erneuert.

Kurzer Einblick in das Thema	2
Aktueller Stand und weitere Dynamik in Politik und Gesellschaft.....	2
Spannungsfelder fehlendes Wissen und Kreislaufwirtschaft.....	2
Fokus «während der Nutzungsphase».....	3
Fokus «am Ende des Lebenszyklus»	3
Hauptbotschaften die weiterhin Gültigkeit haben	4

Kurzer Einblick in das Thema

PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) sind eine grosse Gruppe künstlich hergestellter Chemikalien, die aufgrund ihrer wasser-, fett- und schmutzabweisenden Eigenschaften seit den 1960er-Jahren in vielen Produkten und Materialien eingesetzt werden. Es gibt tausende mögliche PFAS-Verbindungen. Diese sind sehr langlebig und kaum abbaubar, weshalb sie auch als «Ewigkeitschemikalien» bezeichnet werden. Es gibt PFAS, die bei Raumtemperatur fest, flüssig oder – bei bestimmten flüchtigen PFAS – auch gasförmig vorhanden sein können. Unter geeigneten Verbrennungsbedingungen können auch sehr stabile PFAS-Bindungen aufgebrochen werden. Die verschiedenen persistenten chemischen Verbindungen müssen indes differenziert betrachtet werden. Nicht alle sind gleich problematisch und nur ein Bruchteil davon ist überhaupt bezüglich ihrer Toxizität erforscht. PFAS können durch ihre Verbreitung an vielen Orten praktisch nirgends mehr ausgeschlossen werden. Es besteht derzeit zudem noch keine verlässliche, standardisierte Messmethoden, mit welcher Messresultate solide verglichen werden können.

Aktueller Stand und weitere Dynamik in Politik und Gesellschaft

Der gesellschaftliche, politische und damit auch regulatorische Druck auf dem Thema PFAS wird langfristig anhalten und eher noch zunehmen. Der Bund hat mit einem breit angelegten Aktionsplan das Ziel, die Verbreitung von PFAS einzudämmen und die bestehenden Kontaminationen zu reduzieren. Die Perspektive wird sich von einem unrealistischen «PFAS-frei» zu einem «PFAS-arm» auf Basis von Grenzwerten des Bundes wandeln. Auf Grund der vielen Unsicherheiten zur Beschaffenheit, der Messmethode, der Umwelt- und Gesundheitswirkung oder auch der sehr grossen Vielfalt der Verbindungen sowie dem schrittweisen Vorgehen durch die Behörden, wird das Thema die nächsten Jahre volatil bleiben. In den kommenden Monaten folgt zudem eine Vernehmlassung im Bereich Trinkwasser und Gewässerschutz, welche sich an den Entscheiden und der Diskussion auf EU-Ebene orientieren wird. Die EU prüft sogar ein flächendeckendes Verbot von PFAS, unter Gewährung von Anwendungen in Spezialfällen.

Das Thema PFAS gewinnt daher auch für die Bauwirtschaft weiter an Bedeutung. Während PFAS bisher vor allem im Zusammenhang mit Altlasten sowie dem Boden- und Gewässerschutz betrachtet wurden, rücken sämtliche Baumaterialien, Beschaffung, Rückbau und Kreislaufwirtschaft stärker in den Fokus. Damit betrifft PFAS zunehmend den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden und Infrastrukturen. Es stellt sich zudem die Frage, welche Anforderungen kundenseitig bzw. bauherrenseitig bezüglich «PFAS-arm» im Bau gestellt werden. Dies vor allem auch im Hinblick auf Compliance-Risiken und künftigen Sanierungspflichten.

Spannungsfelder fehlendes Wissen und Kreislaufwirtschaft

Die Lösung im Umgang mit PFAS lautet in der Bauwirtschaft aktuell: Vermeiden und Vermindern – PFAS sollen dort vermieden oder ersetzt werden, wo technisch und wirtschaftlich tragfähige Alternativen verfügbar sind und dadurch Umweltbelastungen wirksam reduziert werden können. Wo ein vollständiger Ersatz noch nicht möglich ist, sollte der Einsatz möglichst vermindert werden. Gleichzeitig muss Wissen geschaffen, aber auch priorisiert werden. In welchen Produktgruppen sind PFAS wahrscheinlich? Wie werden PFAS gemessen und kategorisiert? Wo sind die Mengen relevant? Wo besteht ein Freisetzungsrisiko? Meist ist ein Forderung nach «PFAS-freien» Produkten unrealistisch – «PFAS-arme» Materialien sollten aber das Gebot der Stunde sein.

Für die Bauwirtschaft entsteht damit generell ein Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Zielsetzungen: Einerseits sollen PFAS möglichst vermieden oder vermindert und Grenzwerte eingehalten werden, andererseits müssen Kreislaufwirtschaft, technische Anforderungen und die langfristige Nutzbarkeit von Materialien gewährleistet bleiben. Aus Sicht des Bundes stellt sich zudem die Frage, wie wirtschaftlich sinnvoll eine vollständige PFAS-Sanierung der Schweiz ist. Perspektivisch steht deshalb weniger die absolute «PFAS-Freiheit» als vielmehr ein möglichst PFAS-armer Materialeinsatz unter Einhaltung klarer Grenzwerte im Vordergrund. PFAS, die dauerhaft im Material gebunden bleiben, sind grundsätzlich anders zu beurteilen als Stoffe, die während der Nutzung, Wiederverwendung, dem Recycling oder bei der Entsorgung freigesetzt werden. Neben der Nutzung ist deshalb der gesamte Lebenszyklus eines Materials zu berücksichtigen.

Fokus «während der Nutzungsphase»

Auswaschung im Aussenbereich: Besonders relevant sind Materialien und Anwendungen, bei denen PFAS mit Wasser in Kontakt kommen und z.B. während der Nutzung ausgewaschen werden können. Dazu gehören insbesondere exponierte Bauteile wie Fassaden, Dächer oder Hydrophobierungen an anderen Aussenbereichen. Niederschlagswasser kann Stoffe aus diesen Materialien aufnehmen und über die Versickerung in Boden und Grundwasser transportieren. Da beim Grundwasser mit zunehmend strengen Anforderungen zu rechnen ist, sollte dieser Wirkungspfad besonders betrachtet werden.

Anstrich-, Schutz-, Verleimungsbereiche im Innenbereich: PFAS sind dort relevant, wo Materialien aufgrund ihrer Funktion wasser- oder schmutzabweisende und damit beschichtende Eigenschaften aufweisen und Menschen direkt mit ihnen in Kontakt kommen. Damit braucht es die Klärung bezüglich Dichtungsanstrichen, Beschichtungen, Anstrichen in zum Beispiel Nasszellen, Wand- und Böden, Verputze und Verleimungen von Material. Auch bei der Entsorgung solcher Materialien stellt sich dann die Frage des Umgangs bzw. Kreislaufwirtschaft und Elimination.

Fokus «am Ende des Lebenszyklus»

Aushub und Deponie: dieses Thema wird bereits seit mehreren Jahren sowohl vom BAFU als auch von Verbänden vertieft und erforscht. Direkt betroffene Material- und Infrastrukturverbände investieren in die Klärung der Ausgangslage, haben Studien in Auftrag gegeben und schaffen damit Erkenntnisse. Aktuell läuft zudem die Vernehmlassung des BAFU zum Umgang bei den Altlasten und Belastung des Grundwassers. Zudem liegt dabei auch ein Fokus auf dem Baustellenabwasser.

Entsorgung von PFAS: Die Bauwirtschaft leistet auch bei diesem relevanten gesellschaftlichen Thema einen wichtigen Beitrag. PFAS können z.B. via Bodenwaschanlagen in Filterkuchen aufkonzentriert werden, welche wiederum in Zementwerken sicher entsorgt werden können. Die entsprechenden Fach- und Branchenverbände haben in den letzten Jahren bereits detailliert die Effektivität der Entsorgung untersucht.

Hauptbotschaften die weiterhin Gültigkeit haben

Gewisse grundlegende Botschaften bleiben nach wie vor aktuell. Der Dachverband forderte unter anderem, auf unrealistische Pauschalverbote durch die Bauherrschaft zu verzichten – sowohl bei bestehenden Aufträgen, wie auch bei neuen Ausschreibungen. Diese Erkenntnis setzt sich erfreulicherweise langsam, aber sicher durch. Unrealistische und wissenschaftsfremde Forderungen hemmen Innovationen oder auch die Versorgungssicherheit mit Baumaterial. Den Bauherrschaften und damit dem Gebäude- und Infrastrukturpark wurde zahlreiche, gesetzlich verankerte Ziele im Bereich Klima, Ressourcen oder der Energiewende auferlegt und gleichzeitig muss den hohen Sicherheitsanforderungen an Gebäude- und Infrastrukturen Rechnung getragen werden. Der konkrete Umgang mit unvermeidbaren PFAS-Produkten bleibt somit eine herausfordernd.

Die laufenden Arbeiten an einem Aktionsplan sowie an Grenzwerten – basierend auf überwiesenen parlamentarischen Geschäften und unter der Leitung des BAFU – sollen dem gerecht und abgewartet werden. Auf den Projekten soll früh zwischen Bauherrschaft, Planung und ausführenden Unternehmen das Thema adressiert und partnerschaftlich angegangen werden. Bauenschweiz ist dafür auch im Austausch mit der KBOB. Diese arbeitet aktuell an einer Handlungsempfehlung im Umgang mit PFAS auf Bau- und Sanierungsvorhaben. Bauenschweiz unterstütze dazu den von Mitgliedverbänden erarbeiten und eingereichten konkreten praxisorientierten Lösungsvorschlag für den Umgang mit dem Thema bei den Submissionsunterlagen und im Werkvertrag basierend auf konkreten NPK-Positionen. Weiter gilt auch die Aussage, dass die Bauwirtschaft nicht nur bei der Versorgung mit wichtigen, nachhaltigen Bauprodukten zentral ist, sondern auch wichtige Beiträge bei der Deponierung und Entsorgung von ungewünschten Materialien leisten kann. Adäquate und international abgestimmte Rahmenbedingungen sind dafür wie so oft elementar.